

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19310729

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 206

Mittwoch, 29. Juli 1931

57. Jahrgang

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen

„Außerordentlich freundschaftlicher Charakter“ / Die persönlichen Fühlungen sollen fortgesetzt und ausgebaut werden

Der offizielle Verhandlungsbericht

WGB, Berlin, 28. Juli.

Die Besprechungen zwischen Reichsminister Brüning, Dr. Curtius, Minister Macdonald und Minister Henderson, die am Dienstagvormittag in der Reichskanzlei begannen, wurden am Dienstagnachmittag in einem weiteren freundschaftlichen Gedankenaustausch fortgesetzt und beendet. Einer der Hauptgegenstände der Besprechung war die Frage, wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz am besten in konstruktiver Weise in die Praxis umzusetzen wären. Die englischen und deutschen Minister besprachen weiterhin die allgemeine Wirtschaftslage und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf wirtschaftliche Gebiete getroffen werden könnten. Die Infragestellung des internationalen Arbeitszeitabkommens für den Bergbau wurde in Erwägung gezogen. Das Abrüstungsproblem wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz erörtert.

Die Besprechungen trugen einen außerordentlich freundschaftlichen Charakter und es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die persönlichen Fühlungen, die durch die Zusammenkünfte in Chequers, Paris und London in so glücklicher Weise geschaffen wurden, fortgesetzt und ausgebaut werden müssen.

Beim Reichspräsidenten

WGB, Berlin, 28. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute vormittag den Königlich Britischen Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald und den Königlich Britischen Außenminister Henderson, die von dem Königlich Britischen Botschafter in Berlin, Sir Ambrose, begleitet waren.

Macdonald für Zusammenarbeit der Völker

Bei einem Empfang der deutschen Presse äußerte Macdonald seine Zuversicht, daß der deutsche Nationalismus die Kraft aufbringen werde, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn sie überwunden seien, dann heiße es, durch eine Zusammenarbeit der Völker die Verwirklichung der internationalen Atmosphäre herbeizuführen.

Am Anschluß an diese Erklärungen beantworteten Macdonald und Henderson einige Anfragen. Mit großer Entscheidung lehnte er die frühere britische Politik der „balance of power“ ab. Sie stehe im diametralen Gegensatz zu der Politik seiner Regierung. (Balance of power = Gleichgewicht der Kräfte. Das bedeutet: England soll arbeiten für die Gruppierung der Mächte in zwei annähernd gleich starke Blöcke, soll aber sich selbst keiner Gruppe ganz anschließen, auf daß es jederzeit den Ausschlag geben kann. Red.) Die Labour-Politik sei umgekehrt auf die Zusammenarbeit der Völker eingestellt.

Seine erste Aufgabe sei die Abrüstung. Das Hoover-Jahr, so betonte Macdonald ferner, sei ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur Beseitigung der augenblicklichen Schwierigkeiten. In Bezug auf die Goldfrage aus der Bank von England würden viel Propaganda- und psychologische Motive mitsprechen. England habe bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrags und Deutschlands willigen Beitrag geleistet und werde es auch weiterhin tun.

Ein Vertreter der Stahlhelm-Presse erwähnte, daß Macdonald in seinem Gast für Brüning am Montagabend von dem Idealismus der deutschen Jugend gesprochen habe. Macdonald erwiderte darauf, daß er von dem Idealismus und dem guten Willen der Jugend aller Völker gesprochen habe und daß nichts so fürchterlich sei, als wenn die Begeisterungsfähigkeit der Jugend aller Länder durch Feindschaft und Haß verdrängt und gestört würde.

„Stabschef“ Röhm abgesetzt!

Putschisten-Major Pabst der Nachfolger

SPD, München, 28. Juli.

Es befindet sich, daß der „Stabschef“ Hitler, Röhm, durch den Putschistenmajor Pabst ersetzt wird. Röhm ist inzwischen in Urlaub geschickt worden, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren wird.

Neuer Pressesekretär Hitlers

Herkunft: Aus der Schwerindustrie

Die Vossische Zeitung läßt sich aus Essen melden, daß in München im Braune Haus der neue Pressesekretär der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Dietrich, sein Amt angetreten hat. Dietrich sei ein junger Journalist Anfang der Dreißiger und offenbar unter dem Einfluß gewisser Geldgeber der Partei an diesen Posten gekommen. Dietrich war Hauptredakteur der Hugenbergischen Münchener Neuesten Nachrichten und Korrespondent der Leipziger Neuesten Nachrichten sowie Mitarbeiter der D. N. S. In Essen redigierte er bis vor kurzem das Stillerblatt.

Geheimbefehle der SA.

„Anweisung für die Winterarbeit“

SPD, München, 28. Juli.

Den zahlreichen Geheimbefehlen der Hitler-SA zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, die der Weisheimer Landfriedensbruchprojekte zufolge, reichte der Verteidiger der angeklagten Reichswehrleute in seinem Plädoyer aus dem umfangreichen Material noch einen neuen SA-Geheimbefehl an, aus dem ungewöhnlich hervorgeht, daß die Nationalsozialisten planmäßig und systematisch auf blutige Auseinandersetzungen mit dem Gegner vorbereitet sind.

Unter Gefinnungsfreunden

Berlin, 29. Juli.

Am Dienstagmittag weilten Macdonald und Henderson im Kreise von Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteileitung und der Leitung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei dem preussischen Ministerpräsidenten

Teilmoratorium für die Landwirtschaft?

Ein ungeheuerlicher Plan

Am Dienstag haben sich die beteiligten Reichsministerien mit dem Plan eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft beschäftigt, den die Vertreter der Grünen Front vor einigen Tagen der Regierung vorgetragen haben. Bei einzelnen Ministerien scheint Neigung zu bestehen, diesem Projekt entgegenzukommen. Man beruft sich dabei auf die Auswirkungen der Kreditrestriktionen und die Schwierigkeiten der Erntefinanzierung.

Der Plan eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft, nach dem Schulden bei Anholdern von land- und forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben, die bis zur neuen Ernte 1931 entstanden sind, sowie die Zinsen aus diesen Schulden zum Herbst nicht bis Ende 1931 eingefordert werden können, ist nicht neu. Man erinnert sich, daß Eugen Bruns schon im vorigen Jahre einen derartigen Plan entworfen hat. Wenn sich das Reichsministerium auf dieses Projekt einläßt, werden die Folgen unübersehbar sein. Selbstverständlich ist der Gedanke, der Sorgen um seine Schulden durch ein Moratorium ledig zu werden, sehr verlockend. Für den

zu Gast. Die Veranstaltung trug rein privaten Charakter und bot Gelegenheit zu einer herzlichen Aussprache über zahlreiche, vor allem Deutschland interessierende Probleme.

Die Abgeordneten Wels und Breitscheid, die eigens zu dieser Aussprache auf einen Tag von dem Wiener Kongress zurückgekehrt waren, sind am Dienstagabend wieder nach Wien abgereist.

Augenblick würden auch etwa 80 bis 90 % in der ostdeutschen Landwirtschaft — für diese kommt das Teilmoratorium in Frage — von einer derartigen Aktion profitieren. Die Freude würde aber nur kurz sein. Das Moratorium würde nicht nur das westdeutsche Kapital, das jetzt noch in der ostdeutschen Landwirtschaft tätig ist, vertreiben, sondern müßte auch dazu führen, daß das ostdeutsche Kapital auswandert. Denn die Kapitalgeber würden sich sagen, daß die Landwirtschaft im Winter sicher nicht zahlen wird, wenn sie schon jetzt zur Zeit der Ernte, wo die Landwirtschaft in den Besitz von neuen Mitteln kommt, nicht zahlt.

Ein Moratorium müßte den Zusammenbruch des ganzen ostdeutschen Kreditwesens zur Folge haben.

Wenn die Führer der Grünen Front sich der Tragweite ihrer Forderungen nicht bewußt sind, so sollte wenigstens das Reichsministerium Verständnis für die drohenden Gefahren eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft haben.

Zahlungsschwierigkeiten immer noch sehr stark

Zunächst wenig veränderter Zahlungsverkehr — Für nächste Woche völlige Freigabe in Aussicht gestellt — Unhaltende Bankschwierigkeiten — Reich und Länder sollen überall helfen!

Die Reichsregierung hat am Dienstag eine neue Verordnung erlassen, nach der der Zahlungsverkehr für die Zeit vom Mittwoch bis Sonntag dieser Woche geregelt wird. Die Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Zustand sind nur gering. Es ist jedoch in Aussicht genommen, die völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs ab Montag der kommenden Woche zu ermöglichen.

Von amtlicher Seite wird hierzu erläutert mitgeteilt: Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß zu den für die regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen noch die Anforderungen des Monatsendes hinzutreten. Es erschien daher nicht ratsam, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Lockerung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Vorauszahlungsgrenze von 200 auf 300 M bei Kontokorrentschulden, während es hinsichtlich der Auszahlungen auf Sparkonten und Sparbüchern bei 30 M verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 M erhöht worden. Freigegeben zur unbeschränkten Vorauszahlung und folgerweise auch Überweisung sind über die bisher bestehenden Fälle hinaus die Mietzinsen für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Kontentinhaber nicht Einnahmen aus Lohn, Gehalt, Ruhegeld usw. bezieht, ferner zur Einlösung von Zinsrenten und Gewinnanteilscheinen. Die Überweisungen sind im allgemeinen auf 4000 M täglich, also insgesamt 16.000 M bis zum Wochenende erhöht worden, und dem Überweisungsverband wird der Scheckbetrag von 50.000 M vorausgesetzt und weiter erhöht werden. Zur Wechselniederschlag sollen täglich 8000 M, also 32.000 M bis zum Wochenende ausbezahlt werden dürfen. Die Wechselniederschlag sind entsprechend den bisherigen Regelungen wieder staatsweise einmündig herausgegeben worden, während eine Verlängerung der Vorleistungsfähigkeit für die nach dem 21. Juli 1931 ausgestellten Schecks nicht mehr notwendig schien.

Die Gründung der Akzept- und Garantienbank ist am Dienstagnachmittag in den Räumen der Reichsbank vorgenommen worden. Das Reich ist in dem Aufsichtsrat der Bank durch zwei höhere Beamte aus dem Reichsfinanz- beziehungsweise Reichswirtschaftsministerium vertreten.

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie tritt heute in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Im Vordergrund der Erörterungen werden die „Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs“ und die „Devisenlage“ stehen.

Die Lage der Sparkassen

Nachbildung des Reichskabinetts

SPD, Berlin, 29. Juli.

Das Reichskabinett trat am Dienstagabend um 10.30 Uhr zu einer mehrstündigen Nachsitzung zusammen. Gegenstand der Verhandlungen bildeten die Lage der Sparkassen und die Frage der vorübergehenden Stützung einer größeren rheinischen Bank. Die Stützung wurde grundsätzlich beschlossen, der Stützungsbetrag jedoch noch nicht endgültig festgelegt. Vorläufig wird der Bank eine Summe von mehreren Millionen Mark überwiesen werden.

Die Besprechungen über die Regelung des künftigen Zahlungsverkehrs der Sparkassen werden heute und in den nächsten Tagen fortgesetzt. Sie dürften kaum vor Ende der Woche abgeschlossen werden. Es ist damit zu rechnen, daß der Zahlungsverkehr der Banken von der kommenden Woche ab freigegeben wird, daß aber für die Sparkassen bis auf weiteres noch beschränkte Auszahlungen angeordnet werden.

Die Sitzung des Reichskabinetts fand gegen 1.30 Uhr morgens ihr Ende.

Leipziger Großbank mit Sächsischer Staatsbank verschmolzen

Im Freistaat Sachsen haben sich die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt A. G. in Leipzig und die Sächsische Staatsbank am Dienstag zu einer einheitlichen mitteldeutschen Kreditanstalt zusammengeschlossen. Der Beitritt weiterer Banken, und zwar hauptsächlich solcher Institute, auf die die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt schon maßgebenden Einfluß hat, steht bevor.

Offiziell wird zu dieser Verschmelzung zwischen einer öffentlichen und einer privaten Großbank erklärt, daß es sich hier nicht um eine Stützungsmaßnahme für die Allgemeine Kreditanstalt handle, sondern um einen Versuch, der Überforderung und Zersplitterung im deutschen Bankwesen zu steuern und die Kreditbasis der mitteldeutschen Wirtschaft dem In- und Auslande gegenüber zu festigen. Für die gesamten Verbindlichkeiten der nunmehr vereinigten Institute habe der sächsische Staat die volle Haftung übernommen. (Wenn es sich hier wirklich nicht um eine Stützung handeln sollte, so ist es aber bestimmt eine „Stützungsaktion“, für die die Kräfte des Staates herangezogen werden.)

Die Devisenablieferungspflicht

Die Frist zur Ablieferung oder Anzeige von Devisen im Gesamtbetrag von 20.000 M und darüber für den einzelnen Ablieferungsgegenstand unter Zurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am 29. Juli 1931 ab. Eine Verlängerung dieser Frist ist nicht beabsichtigt. Lediglich für die Inhaber von Währungsfonten bei inländischen Kreditinstituten ist mit Rücksicht darauf, daß die Verpflichtung dieser Inhaber zur Ablieferung oder Anzeige ihrer Währungsguthaben erst in der zweiten Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung festgestellt worden ist, die Frist bis zum 5. August 1931 erstreckt worden. Auch hier besteht jedoch Ablieferungs- oder Anzeigepflicht bis zum 5. August nur in den Fällen, in denen das Währungsfonds zusätzlich des sonstigen Devisenbesitzes den Gesamtwert von 20.000 M erreicht oder übersteigt.

Sozialisten bauen den Weg

Gestern Abend hat Henderson Berlin im Eisenbahnzug verlassen, heute ist Macdonald mit einem Militärflugzeug nach London zurückgefliegen. Ihr Berliner Besuch hat fortgesetzt, was Chequers begann; endgültige Ergebnisse hat auch er nicht gebracht. Aber die Aussprachen führten zu besserem Verständnis, man hat gegenseitig die Ziele des andern Teils genauer erkannt und ist sich über die Motive klar geworden; das ist die Voraussetzung für die Schaffung der Völkergemeinschaft, die Macdonald gestern in einer Berliner Pressebesprechung wiederum als das Ziel seines politischen Strebens bezeichnet hat. Sein Glaube an die Menschheit und ihre Solidarität hat Macdonald befähigt, den Ausweg aus der allenglischen Politik der Mächtegruppierungen zu finden; und derselbe Glaube befähigt Henderson, Macdonalds Idee zu dienen. Als Staatsmänner kamen sie; aber sie hätten nie den Schritt getan, wenn nicht ihr sozialistisches Gewissen sie dazu trieb. War es nicht selbstverständlich, daß die Sozialisten den beiden Männern ein herzliches Willkommen boten? Es zeugt von engem Denken (oder ist es gar Konkurrenzneid?), wenn hintennach bürgerliche Blätter nahestumpfend sagen, die Sozialdemokratie habe den Besuch zu einer Parteiliche gemacht!

Deutschland wird es noch sehr nötig haben, an die Partei der Marxisten zu appellieren. Was sich jetzt in Berlin abgespielt hat, und was in Wien durch die Sozialistische Internationale geschieht, ist die großartigste und wirksamste Hilfe, die Deutschland sich wünschen kann. Das Beisammensein der beiden englischen Staatsmänner mit führenden deutschen Sozialisten bei Otto Braun, und der Handelsflag, den der Franzose Braque und der Deutsche Wels in Wien wechselten, sind von symbolischer Bedeutung. Aus dem Herzen muß der Antriebe zum Handeln kommen, im Geistigen, in der Seele der handelnden Menschen muß die erleuchtete Handlung sich vollzogen haben, ehe sie im Gegenständlichen sich verwirklichen kann.

Wir legen großen Wert auf persönliche Fühlungen der leitenden Regierungsmänner. Wäre sie vor dem Krieg eifrig gepflegt worden, so wären die Staaten nicht, wie ein Engländer es geteilt hat, in den Krieg getorrt. Sogar von den Staatsmännern des kaiserlichen Deutschlands nehmen wir an, daß sie vielleicht doch Deutschland vor der völligen Isolierung bewahrt hätten, wenn sie in den Jahren des Werdens der Entente nicht nur einmal gelegentlich mit Halbdane, sondern immer wiederholt mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister Groß-Britanniens enge persönliche Fühlungen gehalten hätten. Von Brüning gilt erst recht, daß er Auge in Auge für Verständigung den Weg findet. Das kaiserliche Deutschland hat wohl auch Monarchenbegegnungen gekannt; aber ein britischer Ministerpräsident ist seit dem europäischen Kongress von 1878 nicht in Berlin gewesen.

Die amtliche Verlautbarung von den Berliner Gesprächen bietet inhaltlich sehr wenig. Das pflegt von allen diesen Verlautbarungen zu gelten; aber die eine Bemerkung über Abrüstungsfragen sagt viel. Wird man in Berlin verstehen lernen, daß die Ausnutzung eines Rechtes politisch unklug sein kann? Man sollte meinen, das Opfer eines Drogenkreuzers sei gering, wenn dafür eine Atmosphäre der Verständigung geschaffen werden kann! Pariser nationalisistische Kreise, Leute von der Denart wie unsere Stahlhelmer und Sakenkreuzler, zeigen sich sofort beunruhigt. Sie befürchten, eine englisch-deutsche Einigung in der Abrüstungsfrage werde zu einem Druck auf Frankreich führen; ein nationalisistisches Blatt sagt bereits, ein derartiges Unternehmen sei eine Drohung und eine Unverschämtheit gegen Frankreich. Auch gemäßigtere Blätter warnen die Reichsregierung vor einem Doppelspiel, bei dem sie nichts gewinnen könne. Sie sagen, nur die Zusammenarbeit mit Frankreich könne Deutschland das für seine Kredite notwendige Vertrauen schaffen.

Eines Doppelspiels bedarf es jedoch gar nicht! Macdonald will allseitige Verständigung, es soll also Frankreich mit von der Partie sein. Die Reichsregierung kann durch ehrlichen Anschluß an Macdonalds Bestrebungen Gefahren vorbeugen. Der französische Kammerabgeordnete Grumbach hat gestern in unserer Zeitung dargelegt, wie verhängnisvoll Mißverständnisse wirken, und wie sehr es nötig sei, daß man diesseits und jenseits des Rheins sich verstehen lernt. Noch sieht es so aus, als reden Frankreich und Deutschland Sprachen, für die es keine Uebersetzer gibt. Und doch haben wir eine Menge Beispiele, wie im Kleinen haben und drüben die Bereitschaft zu gegenseitiger Verständigung besteht, der Austausch von Kindern und Lehrern, die gegenseitigen Besuche waren Proben, daß in beiden Völkern sich ein heißes Streben nach echter Freundschaft regt. Nationalisten allerdings machen haben und drüben die andere Nation zum Doping. Sozialisten bleibt es vorbehalten, gegen die Vorurteile anzukämpfen und für die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen zu werben. Die

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen.

Sozialisten bauen den Weg.

Die Internationale fordert die Abrüstung.

Teilmoratorium für die Landwirtschaft.

Zahlungsschwierigkeiten immer noch stark.

„Stabschef“ Röhm abgesetzt.

Hugenberg und der Adelsmarschall jubeln über den „roten“ Volksentscheid.

Tagesberichte:

SPD, fälltst Antisemitismus.

Ein schwarzes Schaf im bürgerlichen Rundfunkprogramm.

Deitmann will Bürgermeister in Gießhagen werden.

Feuilleton:

Marie und ihre Liebhaber.

Aus aller Welt:

Der Verfassungsdiebstahl von Gricht.

Reine Funkenzündung mit dem Jupp.

Flug London — Tokio.

Gemeinschaftliche Umschau.

britische Arbeiterregierung hat es fertig gebracht, in England den Deutschen völlig abzubauen, und auch die Wandlung der Stimmung in Amerika zu Deutschlands Gunsten ist zu einem wesentlichen Teil durch die britische Arbeiterregierung bewirkt worden. Seit einer Woche tauchen in deutschen bürgerlichen Blättern, prononciert sogar in nationalistischen Blättern, Vermutungen und Behauptungen auf, daß ein englisch-amerikanisch-deutsches Bündnis im Werden sei. Mit solcher Politik dient man nicht den Bestrebungen Macdonalds, man verfallt vielmehr in die von Macdonald überwundene Politik der balance of power, deren neue Form sich deutschen Nationalisten eben so darstellt, als sei wiederum die Welt in zwei feindliche Heerlager zu teilen, wobei nur Deutschland das Heerlager wechselt. So darf es nicht kommen, und daß es nicht so kommen wird, dafür sind Bürger Macdonald und die Sozialisten in Frankreich fogut wie in England und Deutschland.

Nicht der engstirnige Nationalismus, sondern die weltweite Idee des Sozialismus, die kraftvoll vertreten wird von der sozialistischen Partei jedes Landes, wird Deutschland von erdrückenden Lasten befreien und die Völker zu einer Gemeinschaft einen. Der nationalstische Eifer ist in jedem Land der Feind des eigenen Volkes und überall der Feind der Menschheit. Ihn löst uns niederhalten! Marzisten sind die ethischen Mittel zwischen den Nationen, folgen die Völker ihnen, so wird die Welt befreit von Rüstungswahn und Kriegsgefahr, und alle Völker werden verbunden zu der menschlichen Solidarität, die das Glück aller verbürgt!

Italien hilft Deutschland nicht

Was in Genf geschah, wiederholte sich am Dienstag vor dem Internationalen Gerichtshof in Haag: Italien ließ durch seinen Vertreter Pilotti, den juristischen Berater des Außenministers, gegen den deutsch-österreichischen Soluntionsplan plädieren. Pilotti sagte, der Plan bedeute eine Einmischung Deutschlands in die Angelegenheiten Österreichs. Ferner bringe die geplante Zollunion eine Angleichung der beiderseitigen Gesetzgebung mit sich. Österreich verliere ferner durch die Zollunion sein Recht, selbständig Handelsverträge abzuschließen. Er (Pilotti) wolle keineswegs Österreich in einem Gefängnis einschließen, aber er müsse betonen, daß, wenn Österreich in ein größeres Wirtschaftsgebiet aufgenommen zu werden wünsche, es sich dann nur an den Völkerbundrat zu wenden brauche.

Ob nicht endlich die deutschen Nationalisten ihre Hoffnung auf Italien begraben werden?

Spaniens Verfassungsschöpfung

Regierung bleibt zunächst im Amt

SPD. Madrid, 29. Juli. Der spanische Ministerpräsident legte am Dienstag die Vollmacht der provisorischen Regierung in die Hände der Nationalversammlung zurück. Er gab bei dieser Gelegenheit in einer längeren Rede einen ausführlichen Überblick über die bisherige Tätigkeit seines Kabinetts und betonte, daß die Regierung vor allem gegen etwaige Diktaturgefahren stark sein müsse. Zamora erbat schließlich das Vertrauen des Hauses. Wegen der Vertagung der Sitzung erfolgte keine reguläre Vertrauensabstimmung. Die Regierung ist jedoch der Faltung der Sozialisten, der Radikalen und bürgerlichen Radikalsocialisten, also einer großen Mehrheit des Parlaments, sicher. Sie wird zunächst zumindest am Ruder bleiben, bis die Verfassung fertiggestellt ist.

Die Zeitung Tierra gibt eine Statistik wieder, nach der seit dem Umsturz bei sozialen Kämpfen bisher 52 Tote und 242 Schwerverletzte zu verzeichnen waren.

Frankreichs Kreditpolitik

Englische Sache noch in der Schwebe

SPD. Paris, 29. Juli.

Der Direktor der Bank von England, Sir Robert Kintnersley, ist am Dienstagabend von Paris abgereist, ohne mit der Bank von Frankreich einen Kredit oder Anleihevertrag abgeschlossen zu haben. Die Bank von Frankreich hatte ihm zusammen mit einigen Pariser Großbanken einen Rediskontkredit von 100 Millionen Dollar zu sehr günstigen Bedingungen angeboten. Kintnersley hat jedoch vorläufig abgelehnt, da er erst mit der Bank von England und dem englischen Schatzamt, Fühlung nehmen müsse.

Der Marineminister bemerkt dazu, daß die Gründe moralischer Art bei diesem Entschluß eine große Rolle gespielt haben; denn es gebe in London Finanzleute, die eine

Hilfe von Seiten des Pariser Marktes für erniedrigend halten und es vorziehen, daß die Bank von Frankreich durch direkte Mittel, das heißt ohne durch einen offiziell gewährten Kredit, die Bank von England unterstütze. Der Marineminister glaubt aber, daß die Umstände härter sind als diese Widerstände, und daß nur durch einen

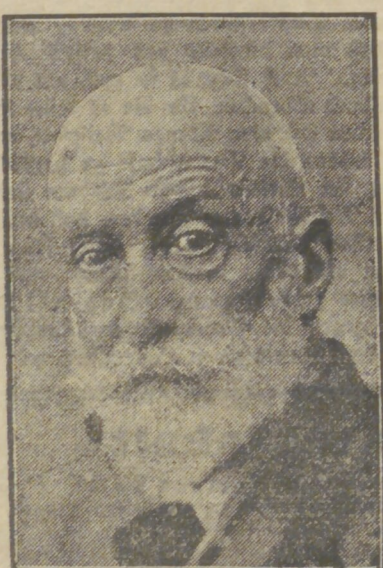
Kredit die englische Währung gestützt und die in Deutschland von den englischen Banken gewährten kurzfristigen Kredite stabilisiert werden können.

Man erwartet daher, daß sich die Bank von England noch vor Ende des Monats zu einem solchen Kredit entschließt.

Im Zusammenhang damit weist der Marineminister hin, daß auch in Pariser Bankkreisen zwei Strömungen vorhanden sind. Ein Teil der Bankiers halte es für sicherer und vorteilhafter, Deutschland durch Vermittlung von London und New York Kredite zu geben, während ein anderer Teil die Meinung vertritt, daß der Londoner Markt bereits gestärkt ist und Deutschland auf andere Weise gelöst werden muß. Es sei absurd, das französische Kapital auf indirekte Weise und mit denselben Gefahren in Mitteleuropa arbeiten zu lassen, ohne einen finanziellen oder politischen Vorteil daraus zu ziehen.

Kunst und Wissenschaft

Aus August Forels Gedankenwerkstatt



August Forel

Worte aus seinen Arbeiten

„Daß heute die gegenseitige Achtung aller Völker der Erde und ihr Einanderverstehen eine dringende Notwendigkeit ist, steht mehr denn je fest. Dazu ist aber eine Kräftigung des Völkerbundes und eine Abschaffung der absoluten Souveränität der heutigen Staaten sowie ihre Unterordnung unter eine supranationale, alle Freiheiten schützende Macht nötig. Dringend ist auch eine internationale Verständigungssprache (Esperanto).“

„Es sollte wahrhaftig selbst dem Voreingenommensten in die Augen springen, daß der Kampf gegen die Rassenmischungen unserer europäischen Subvarietäten ein vollenkter Unfuss ist. Diejenigen, die dafür sprechen, vergessen, daß das Zeitalter, in welchem die primitiven Sippen des Urmenschen nur einige

Wer die Abrüstung verhindert, ist Todfeind der Menschheit!

Die Abrüstungsdebatte auf dem Internationalen Kongress

SPD. Wien, 28. Juli.

In der Dienstagsitzung des Internationalen Kongresses führten Möller, Schweden, und Albarba, Holland, den Vorsitz. Der internationale Sekretär Friedrich Adler teilte mit, daß eine Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen sei, darunter auch von sozialistischen Parteien, die der Internationale noch nicht angeschlossen seien, so von Irland, Südafrika und Kanada.

Unter lebhaftem Beifall ergriff dann

Nogi, Japan,

das Wort, der in englischer Sprache die Solidarität der japanischen Sozialdemokratie mit der Internationale verkündete und eine Botschaft des japanischen Parteivorstandes Professor Abe las: „Wir entbieten den Brüdern, den Vorkämpfern des Sozialismus, Grüße und Glückwünsche. Auch wir leiden unter der Spaltung der Arbeiterschaft, aber wir halten unverrückbar daran fest, daß nur der Weg der Demokratie zum Sozialismus führt und zur Befreiung des Proletariats. Die japanische Arbeiterbewegung ist besonders gefördert worden durch die russische Revolution von 1917 und durch den Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei von 1924. Unsere Augen sind gerichtet auf das, was

die britische Arbeiterregierung an sozialistischer Aufbauarbeit leistet.“

Otto Friedländer, Berlin,

spricht für die sozialistische Studenteninternationale: „Unsere Organisation besteht seit 1926. Ihre Mitgliederzahl ist inzwischen von 4500 auf 10.000 gestiegen. Der Intellektuelle ist mehr und mehr zum Angehörigen geworden und eingereicht in das große Heer der Schaffenden. Er befindet sich in den Reihen der Arbeiterschaft. Der auf den Hochschulen herrschende Faschismus ist die größte Gefahr für die Arbeiterbewegung. Von den etwa 130.000 reichdeutschen Studierenden sind mindestens 60% faschistisch gefärbt.“

Das sind die künftigen Verräter und Richter des deutschen Volkes. Wir müssen alle Kraft zur Bekämpfung dieser Gefahr aufwenden. In Litauen konnten wir dazu beitragen, daß 15 Freunde vom Tode gerettet wurden. Auch ist der polnische Genosse Giesels durch unsere Bemühungen vor dem Gefängnis bewahrt worden. Wir protestieren auch hier gegen die Verfolgung unserer Genossen Louis Moulins, der vor das faschistische Sondergericht kommen soll, und fordern Sie auf, sich unserm Protest gegen diese Knechtung der Wissenschaft und gegen dieses Unrecht anzuschließen.“ (Lebhafter Beifall.)

Nach diesen Erklärungen erfolgt die

Fortsetzung der Abrüstungsdebatte

Vom Kongress lebhaft begrüßt, spricht zunächst der parlamentarische Sekretär des britischen Außenministers Arthur Henderson.

Philipp Baker:

„Wir wollen eine Welt erkämpfen, die frei ist vom Kriege. Die Abrüstung kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Von den Regierungen, die den Kriegsdiktatorat unterzeichnet haben, verlangen wir, daß sie die Forderung ziehen und ihr festerliches Gelübnis erfüllen, die Waffen zu zerstreuen, die nun nutzlos geworden sind. Wir stellen den Völkerbund in den Dienst der Abrüstung. Die Botschafter und Arthur Henderson haben gesagt, was Männer von Mut für die Förderung der Abrüstung auch im Völkerbund tun können. Jeder Sozialist muß es als seine Aufgabe ansehen, ein Wächter des Völkerbundes zu sein, damit dieser seine Aufgabe, die Abrüstung durchzusetzen, besser erfüllt als in der Vergangenheit. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Staaten und Völker in Bezug auf die Abrüstung. Unsere deutschen Freunde machen wir darauf aufmerksam, daß General von Seeckt vor einigen Wochen erklärt hat, wenn die Abrüstungskonferenz nicht sofort für alle Staaten die gleiche Abrüstung vorschreibe, wie sie für Deutschland besteht, müsse Deutschland die volle Aufrüstungsfreiheit sich wieder nehmen.“

Nicht in der Abrüstung der besiegten Länder, sondern in der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen liegt der Fortschritt.

Es wird nicht lange dauern, bis die Abrüstung auch in den anderen Staaten soweit gebracht ist, wie bei den besiegten Ländern. Wir schließen uns vollkommen der Forderung von Jouhaux an, daß die Entwaffnung international kontrolliert werden muß, und daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, in den Rüstungsfabriken die genaue Beachtung der Einschränkungsverschriften zu überwachen und durchzusetzen.

Der deutsche Rüstungsindustrielle von Gontard hat gezeigt, wie man aus Blut Gold machen kann. Vor dem Kriege hat er mit der französischen nationalistischen Presse konspiriert, und es ist ihm gelungen, in den Fingern und in das

Esch de Paris Mittel hineinzubringen, die die reiche Aufrüstung der französischen Armee mit Maschinenwaffen schützten, wodurch auch Deutschland zur Nachrüstung gezwungen wurde und Gontard goldbringende Aufträge erhielt. Dieser Verräterlandsverrat von Gontard hat aber seinen Angehörigen Bullenjahr auf viele Jahre ins Juchthaus gebracht.

Unter Sozialisten kann kein Zweifel darüber sein, wer eher in das Juchthaus gehört, der Industrielle, der mit dem Ausland gegen das eigene Land konspiriert, oder der Angestellte, der vielleicht seine Angestelltenpflicht verletzt hat, um die Ehre seines Landes zu retten.

Wir verlangen in der Entschließung ein internationales Verbot der Befragung von Enthaltungen über verbundene Rüstungen, um solche Artiele, wie sie gegen Bullenjahr und gegen viele andere ergangen sind, in Zukunft unmöglich zu machen.

Wir wollen laut unserer Entschließung ein so großes Maß von Abrüstung erkämpfen als gegenwärtig nur zu erkämpfen ist. Wenn man diese Befragung auf das mögliche als unzureichend oder gar als einen Verrat beklampft, so treibt man geradezu Defaitismus im Angesicht des Feindes. Man verlangt von uns, daß wir ohne Rücksicht auf die anderen Länder vollkommen abstreiten, aber es ist klar, welche Schwierigkeiten einem solchen Vorstoß gegenüberstehen. Es ist lächerlich zu behaupten, daß die Erfüllung unserer Forderungen nichts bedeuten würde. Wir müssen, wie die Resolution weiter verlangt,

eine ineffectualistische Propaganda entwickeln.

Nur unerschütterliche kann man bestreiten, daß die Erfüllung unserer Entschließung einen Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung bedeuten würde. Sie würde aller Prestigepolitik einen schweren Stoß versetzen. Unsere bürgerlichen Gegner gehen unser Programm fälschlich viel zu weit, indem wir eine wirksame Einschränkung der Rüstungen fordern. Die englische Flotte ist von zwei Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen herabgesetzt worden, weitere Einschränkungen sind bereits im Gange. Bei dem letzten Aufmarsch von 1500 Flugzeugen über London, dem ich von der Terrasse des Unterhauses aus, konnte ich mich eines grauen Schreckens nicht erwehren, wie das im Ernstfalle ausfallen würde. Und ich habe mich gefragt, was die gerade in London versammelten Minister einer ganzen Anzahl großer Staaten dabei gefühlt haben. Nach den Erklärungen von Fraulein würde ein solches Aufgebot von Flugzeugen eine derartige Verachtung anrichten, daß von London nicht viel übrig geblieben wäre. Wir fordern in der Entschließung auch

die radikale Verwirklichung des Verbotes gegen den chemischen und bakteriologischen Krieg.

Wir werden die Regierungen, die auf der Abrüstungskonferenz vertreten sind und die die Abrüstung erschweren oder bekämpfen als Todfeinde der Menschheit ansehen und sie dementsprechend bekämpfen. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde eine sehr traurige Epoche für die Menschheit anbrechen.

Niederländer fordern Abrüstung

SPD. Amsterdam, 28. Juli.

Die Gesamtzahl der Unterzeichner der Friedenspetition der niederländischen Tagespresse für die Genfer Abrüstungskonferenz 1932 wird auf zwei Millionen geschätzt. Das bedeutet, daß die Hälfte aller Wahlberechtigten sich für die internationale Abrüstung ausgesprochen hat.

Zeisperr für Kohleneinfuhr in Frankreich

SPD. Paris, 28. Juli.

Die französische Regierung hat durch eine Verordnung die Einfuhr von Kohlen und Brekett von einer Genehmigung abhängig gemacht. Die Verordnung wird damit begründet, daß jährliche Länder Maßnahmen getroffen haben, die geeignet sind, den französischen Kohlenhandel zu erschweren. Um den französischen Kohlenhandel zu erleichtern, soll die Einfuhr von Kohlen durch die allgemeine Wirtschaftspolitik schon um 10% nachgelassen sein, um ermöglichen, soll die ausländische Kohleneinfuhr etwa um ein Drittel, das heißt um acht Millionen Tonnen jährlich verringert werden.

Vom Arbeiter-Abstinentenbund erhalten wir folgende Zuschrift:

Dem toten Lehrer!

Obwohl man auf das Ableben eines 83jährigen Mannes jederzeit vorbereitet sein muß, erschütterte mich die Nachricht vom Tode unseres großen Lehrers August Forel mehr, als die Meldung vom Heimgang eines alten Verwandten mich hätte je erschüttern können.

Seit Januar 1930 kommen wir Hamburger Arbeiter-Abstinenten Woche für Woche in dem bescheidenen Raum zusammen, der mit seiner gütigen Erlaubnis den bedeutenden Namen des Meisters tragen darf. Das August-Forel-Heim

lassen. Der fernöstliche Ministerpräsident, selbst ein Konservativer, hat vor kurzem erklärt, daß er das Heil nur in der Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich

sieht, worin die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs liege. Damit ist die letzte Rechtfertigung für die Rüstungen verschwunden und die einzige Lösung ist natürlich die Abrüstung. Es wäre ein furchtbarer Verrat für die Welt, wenn die Konferenz scheiterte. Die internationale sozialistische Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß die Konferenz zu einem Erfolg wird.“ (Stürmischer Beifall.)

Andersen, Dänemark:

Die Kriegsgefahr wurzelt in den Resten des alten Systems, die noch eine erscheidende Macht haben. Wir werden heute nicht vor der Abrüstungskonferenz stehen, wenn nicht die sozialistische Arbeiterklasse seit Jahren ununterbrochen einen Druck auf die Regierungen und auf die öffentliche Meinung ausgeübt hätte. Wir kleineren Völker haben keine Hoffnung, uns durch Waffengewalt zu behaupten. Wir sehen unsere Freiheit nur dann unbedroht, wenn auch die großen Mächte abgerüstet haben. Wir in Dänemark sind eben daran, unsere Wehrmacht in eine Grenz- und Seepolizei umzuwandeln. Die Gesamtstärke soll 16.000 Mann betragen, und zwar sollen jährlich 1600 Mann vier bis fünf Monate ausgebildet werden und nach 12 Jahre zur Verfügung stehen — was aber nur für diejenigen gilt, die nicht vorher mitgeteilt haben, daß sie von diesem Dienst befreit sein wollen. Aus den übrigen über zwanzigjährigen sollen die Einzugsstellen ausgelöst werden. Durch dieses System glauben wir, die Bildung eines Berufsheeres zu verhindern. Außerdem sollen alle privaten Militärverbände jeder Art verboten und aufgelöst werden.

Wir protestieren gegen die schamlosen Verleumdungen, die in gewissen, auch französischen Zeitschriften erschienen sind und die behaupten, daß Dänemark mit seiner Seepolizei die Welt für die französische Flotte auf alle Fälle offen halten müsse, wenn sie einem Freunde Frankreichs in der Ostsee beistehen hätte. Wir wollen uns in Kämpfe anderer Staaten niemals einmischen, auch wenn Sir Austen Chamberlain einem dänischen konservativen Journalisten eine ähnliche Vermutung ausgeprochen hat wie eben die französischen Zeitschriften. Das dänische Volk wird sich niemals in irgendwelchen fremden Kriegsdienst verwickeln lassen, und die sozialdemokratische Presse der großen Länder sollte mit Rücksichtslosigkeit alle Anschläge gegen die dänische und gegen die allgemeine Abrüstung vereiteln. (Lebhafter Beifall.)

Ritwood

von der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei sprach überaus temperamentvoll und unter satirischen Ausfällen auf die britische Arbeiterregierung und auf die Arbeiterpartei in dem Sinne, daß England ohne Rücksicht auf die Abrüstung der anderen selbst abstreiten müsse. Er machte Macdonald einen besonderen Vorwurf daraus, daß er mit Lloyd George und Baldwin zusammen auf einer großen Abrüstungskonferenz in der Welt Hall gesprochen hat, was von der erdrückenden Mehrheit des Kongresses mit Beifall aufgenommen wird. Die Schlussaufforderung des Redners, keinerlei Kompromisse zu schließen und einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, findet den Beifall einer ziemlich kleinen Minderheit.

Die nächste Plenarsitzung des Kongresses wird erst am Donnerstag abgehalten. Die Abrüstungsdebatte soll dann beendet werden.

Berberatungen der politischen Kommission

In der politischen Kommission des Internationalen Kongresses wurde am Dienstag über das Referat Otto Bauers weiter diskutiert. Es sprachen der englische Unabhängige Stephens, Leon Bum Frankreich, Dr. Leo Winter, Prag, und als letzter, mit herzlichem Beifall begrüßt, Dr. Hermann Lieberman in Basel-Konstanz, der die Diskussion des Sachverhalts in Basel-Konstanz gewirkt ist. In der sehr hochgehenden Debatte spielte auch eine Erklärung über die Friedensverträge eine große Rolle. Die Beratung über am Mittwoch fortgesetzt. Es wird wahrscheinlich eine Unterkommission zur Ausarbeitung einer Rundgebung eingelegt werden.

Auch die anderen Kommissionen setzen am Mittwoch ihre Arbeiten fort.

Bankentrach auch in der Schweiz

W.B. Genf, 28. Juli. Das seit 1881 bestehende Bankhaus B. Beyerle & Co. hat heute seine Schalter geschlossen. Der Bank wurde eine Zahlungsunfähigkeit gemeldet. Die Passiva belaufen sich auf 1 1/2 Millionen Schweizer Franken, die voraussichtlich von der Bank für die Liquidation der Bank von Genève und auf die allgemeine Krise zurückzuführen. Gegen die leitenden Organe der Banque de Genève, hauptsächlich gegen Direktor Merville, ist von der amtlichen Kommission für Wundelschlag Klage wegen Veruntreuung und Betruges eingeleitet worden. Auf falsche Informationen des Direktors hatte ein mit der Finanzverwaltung beauftragtes Mitglied der Kommission für 30.000 Franken Aktien und 80.000 Franken Depotscheine der genannten Bank erworben.

Lloyd George ist schwer krank. Er wurde heute früh operiert. Der Operation mochte auch der Leibtag des Königs bei Lord Dawson.

Die Bank von Danzig hat den Diskontsatz von 7 auf 10% und den Lombardsatz von 10 auf 12% erhöht.

Das Reichsfinanzministerium weist ausdrücklich darauf hin, daß durch die Ausreisegebühr von 100 M. der Verkehr mit Ostpreußen in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Ist unsere Waffenrüstung im wahren Sinne des Wortes ge worden. Der Mittelpunkt unserer Kampfes gegen das Alkoholkapital und Volkverdrummung durch das Raufschiff, ist es uns zugleich eine Stätte der Gerechtigkeit sowie der Belehrung und Bekehrung alkoholabhängiger Klassenangehörigen geworden. Oft denken wir des verstorbenen Führers, dessen Bild mit der von der linken Hand vollzogenen eigenen Unterschrift das Heim ziert, und immer wieder ist es dieses Bild und sind es seine Kampfschriften, was uns wieder zum Weiterkämpfen gibt, wenn wir in Gefahr kommen zu erlahmen oder kleinmütig zu werden. Denn schwer ist der Kampf gegen die Rinkette, und ein erhabenes Vorbild, wie dieser Mann, der mit 64 Jahren noch das Schreiben mit der linken Hand erlernte, war für uns eine Wohltat. Johannes Sandt.

Maria und ihr Liebhaber

Von J. Arennes.

Ich sah in Marias kleiner Werkstatt an einem jener venezianischen Kanäle, wo das Wasser wie dickflüssiges Öl fließt. Es war Abend, und langsam trieb eine Gondel vorbei.

„War das Giovanni?“

„Ja — gewiß!“ Maria gestikuliert lebhaft.

„Ach“, sagte ich lächelnd, „liebtest du nicht Giovanni?“

Sie schüttelte eifrig den grauen Kopf. „Nein, Herr, er liebte mich.“ Und dann erzählte sie:

„Giovanni war hübsch. Alle Mädchen waren in ihn verliebt. Vielleicht war das der Grund, weswegen ich es nicht war. Und vielleicht wollte er wiederum gerade deshalb auf mich Eindruck machen. Ich verhielt mich kühl und abweisend. Schließlich wollte er mich entführen. Aber ich war damals stark und warf ihn mit meinen eigenen Händen aus dem Zimmer heraus. Er wurde darauf so zornig, daß er Hals über Kopf ins Wasser sprang, um sich zu ertränken. Aber am Lageramstrande lag natürlich ein Engländer, der in seinem Bäderhaus und Giovanni wieder herausfischte. Es war im Winter. Das Wasser war kalt, und Giovanni wurde sterbend. Weil er niemanden hatte, pflegte ich ihn. Das war das Beste, was ich für ihn tun konnte. Während ich da saß und an seinem Krankenlager Wache hielt, schwor er wieder, daß er sich rächen wollte. Er würde mich töten, sobald er wieder bei Kräften wäre. So verriet sich also die Männer, wenn sie nicht ihren Willen bekommen. Dann werden sie rasend. Ich kenne einen Neapolitaner, der einen Mann niederschlug, weil er nicht mit ihm Karten spielen wollte. Ich wusste, daß Giovanni Wort halten würde, und als ich merkte, daß er seiner Forderung entgegenging, floß ich heimlich nach Florenz, wo ich in einem kleinen Restaurant Pflanz

mädchen wurde. Ich hatte niemandem meine Adresse hinterlassen, und dennoch folgte ich mich nie sicher. Ich kannte Giovanni. Geheimal, wenn die Tür aufging, erzitterte ich. Ich blieb zwei Jahre in Florenz, wo ich mich sehr langweilte. Immer wenn ich den kleinen Arno betrachtete, dachte ich an meine herrliche Laguna — und weinte vor Genuß. Schließlich konnte ich es nicht länger ertragen und reiste nach Hause. Meine Gefühle waren unvermeidlich. Ich führte ins Haus meiner Mutter, als wenn mir ein Regiment Wälder auf den Nacken folgte. „Bist Du?“ rief meine Mutter und faltete die Hände. Ich glaube, daß sie das aus Angst tat.

„Bist Du Giovanni?“ fragte ich.

„Der?“ Er ist seit einem Jahr verheiratet und hat gerade einen Sohn bekommen!“

Ich glaubte kein Wort und meinte, daß meine Mutter mich nur beruhigen wollte. Aber ich wollte jetzt Gewißheit haben. Ich nahm mein Tuch und ging resolut in sein Haus. Er lag am Tische mit Frau und Kind. Als ich eintrat, stand er auf. Sein Gesicht war freudig. Dann sagte ich zu ihm: „Giovanni — Du bist ein Dummkopf! Du hast mich angeheult, und Du hast mir gedroht, und ich habe Dir geglaubt. Und nun — siehst Du hier...“ Ich war rasend. Raum wurde ich was ich tat. Ich nahm irgendein Gerat vom Tisch und schlug ihm damit in die Schulter. Na — er überstand auch diesen Vorfall. Seine Frau bekam auch einen Schuß. Er wurde trübsinnig und wir schlossen wieder Freundschaft. Er kommt oft hierher, zu uns. Manchmal muß ich darüber nachdenken, wie merkwürdig es war, daß ich ihn beinahe ermordet hätte, obwohl ich ihn gar nicht liebte. Aber ich hatte mich nun mal zwei Jahre lang für nichts und wieder nichts gelangweilt...“

Tages-Bericht Hamburg Methoden

APD. fälscht Unterschrift

Die Hamburger Volkszeitung legt die Veröffentlichung von angeblichen Briefen und Auftrufen mit Unterschriften von angeblichen Sozialdemokraten fort. In einem Fall hat sie nun eine leichte Veränderung in der Methode vorgenommen. In der Montag-Ausgabe der Volkszeitung fand man in Fettdruck eine Erklärung unter der Überschrift „Hamburger SPD-Arbeiter begrüßen den roten Volksentscheid“. In wohlgeordneten Worten erklären hier Gustav Meyer, Herrenweide 17, und Friedrich Kersch, Sägersstraße 27, daß sie die Teilnahme der Kommunistischen Partei am preussischen Volksentscheid begrüßen und gleichzeitig „tiefste Abscheu über die Haltung des Hamburger Echo“ ausdrücken.

Wir sind auch hier der Sache nachgegangen, um festzustellen, wer Gustav Meyer und Friedrich Kersch sind. Es ist richtig: beide sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Wichtig aber ist: keiner von beiden hat den in der Volkszeitung veröffentlichten großen Aufruf vorher gesehen, keiner von beiden also hat ihn tatsächlich unterschrieben. Der Aufruf, in dem es fortwährend heißt, „wir unterzeichneten Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei“ usw. ist am Valentinskamp verfaßt worden. Ohne sich mit den beiden Namensträgern in Verbindung zu setzen, hat man ihre Namen veröffentlicht und den Eindruck zu erwecken versucht, als seien sie Urheber und Verfasser des Aufrufs. Wir müssen hinzufügen, daß Gustav Meyer den Aufruf auch nicht blüht, während Friedrich Kersch, der erst seit kurzer Zeit Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, jetzt nachträglich unter Druck gesetzt und mit kleinen Unterschriften gezeichnet, sein Einverständnis erklärt. Die Konsequenzen für ihn sind klar.

Entscheidend aber bleibt die Tatsache, daß die Kommunisten Auftrufe fabrizieren und Unterschriften fälschen.

Das ist die neue Methode, die man sicher in der nächsten Zeit noch weiter kultivieren wird.

Uebrigens spielt bei diesem Aufruf auch der angebliche Schauspieler Ludwig Lang eine Rolle. Er soll die Erklärung ebenfalls gebilligt haben. Wir wiederholen dazu noch einmal, daß es nie einen Schauspieler Ludwig Lang gegeben hat. Auch hier also ein dreifacher Schwindel.

Magisblatt weicht aus

In den Methoden des Kampfes findet man zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten von jeher eine weitgehende Übereinstimmung.

Wir hatten vor wenigen Tagen von den Klientenkämpfen in der Hamburger Arbeiter-Partei berichtet. Der Gau Hamburg der Nazis hat sich offiziell vom Hamburger Tageblatt zurückgezogen; Gauleiter Kaufmann zeichnet nicht mehr als Herausgeber, und der bisherige politische Redakteur Humbert nicht mehr verantwortlich für die Politik. Als Gründe stellten wir fest, daß einmal das Hamburger Tageblatt überschuldet sei, sodann der Gauleiter Kaufmann eine neue Wochenzeitschrift herausgeben will und vor allem tiefgehende persönliche Differenzen, aus persönlichen Interessen entstanden, zwischen dem Gauleiter Kaufmann und dem Hauptgeschäftsführer des Tageblattes, Dr. Krebs, bestehen.

Nun war der Meinung war, das Tageblatt würde auf die einmaligen Forderungen reagieren, sieht sich enttäuscht. Wir gestehen an, es nun enttäuscht. Denn die Verweigerung, die das Tageblatt zu unseren Forderungen macht, ist eine einzige Verneinung unserer Verleumdung. Das Tageblatt unterstellt uns nämlich, „Schwindelgeschichten über den bevorstehenden Zusammenbruch des Hamburger Tageblattes“ gebracht zu haben. Es fügt dann hinzu, daß es nicht daran denke, sich mit unfern Entstellungen näher zu befassen. Kein Wort haben wir von einem bevorstehenden Zusammenbruch des Tageblattes geschrieben, wir haben „nur“ von den heftigen Klientenkämpfen und ihren Gründen, den gestörten persönlichen Interessen der Nazis, berichtet.

Das Tageblatt weicht also aus. Es weiß, warum. Schließlich darf es seinen Lesern nicht mitteilen, daß persönlicher Egoismus der Nazis und ihren Auseinandersetzungen spielt.

Für die Patriottische Gesellschaft veranstaltet die Niederdeutsche Bühne am Mittwoch, 29. Juli, 20 Uhr, im Freilichttheater im Stadtpark eine Aufführung des lustigen plattdeutschen Stückes von Wifried Wroost „Gastwirt Gabel“.

Maßnahmen gegen Steuerläufige

Es wird vom Landesfinanzamt Unterelbe darauf hingewiesen, daß derjenige, der mit Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Aufbringungsumlage, Realsteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer) oder Hauszinssteuer im Rückstand ist und sie auch bis 31. Juli nicht bezahlt hat, hohen Verzugszuschlägen unterliegt, die für jeden bezahlten Monat 5% betragen. Die Verzugszuschläge sind vermindert, ohne daß es einer Mahnung bedarf. Bei nicht rechtzeitiger Entrichtung anderer Steuern, insbesondere von Zinsen, Verbrauchssteuern sowie Gemeindesteuern und Gemeindegeldern, sind von der Fälligkeit an Verzugszinsen zu 2% monatlich zu entrichten. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß der Zinsfuß für die nach dem 22. Juli 1931 aufgeschobenen Beträge an Zinsen und Materialverluste bis auf weiteres 10% beträgt.

Diese scharfen Vorschriften sind hervorgerufen worden durch die Tatsache, daß in den letzten Tagen die Steuerpflicht nur sehr mangelhaft erfüllt worden ist und daß infolgedessen in der Reichskasse erhebliche Verluste entstanden sind. Im Interesse des Bestandes des Reiches und auch im Interesse einer ordnungsmäßigen Staatswirtschaft in den Ländern und Gemeinden kann dieser Zustand nicht gebuldet werden. Daher mußte auf die nicht rechtzeitige Erfüllung der Steuerpflicht ein sehr wirksamer Druck gesetzt werden. Die Finanzämter und Hauptzollämter sind angewiesen worden, die Steuern nachdrücklich zu betreiben. Selbstverständlich wird, wo die sofortige Einziehung eine außerordentliche Härte darstellt, auch in Zukunft gesühnet werden, wobei übrigens der Stundungsschein nach Lage des Einzelfalles über 5% jährlich hinaus bis auf 12% jährlich festgesetzt werden kann. Die Finanzämter und Hauptzollämter sind aber angesichts des Ernstes der Lage angewiesen worden, hierbei einen strengen Maßstab anzuwenden, zumal es sich gezeigt hat, daß trotz der Steuerpflicht, ohne daß sie in ihrer wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt wären, durch Stellung von Einträgen eine Sinauszögerung der Steuerzahlung zu erreichen suchen. Es wird vielmehr eingewendet werden, daß die Bevölkerung nicht zahlen kann. Jedermann, der ein Guthaben bei einer Bank oder einer Sparkasse hat, kann durch Überweisung oder Scheck zahlen, sofern es sich um Steuern handelt. Es bleiben nur die Fälle übrig, daß ein Steuerpflichtiger kein bloßer Steuerzahler aus Kredit gezahlt hat oder daß sein Guthaben erschöpft ist, weil Einkünfte nicht mehr hinzugekommen sind. In solchen Fällen muß natürlich gestundet werden. Diese Fälle werden aber im Verhältnis der Gesamtfälle nicht allzu häufig sein. Es muß also darauf bestanden werden, daß das Steuerrecht aufgebogen wird, die Steuern aufzubringen.

Die Kommunisten-Unruhen in Geesthacht

Die gestrige Zeugenvernehmung drehte sich ausschließlich darum, festzustellen, ob der stellvertretende Gemeindevorsteher von Dineburg, der Angeklagte Wehber, als Räbelführer in der Geesthachter Schlächt vom 26. Jan. 1931 in Frage kommt oder nicht. Zwei Polizeibeamte, die im Kampf verwundet wurden, hegen nicht die geringsten Zweifel, daß Wehber an den Schlächt und Körpergegend beteiligt gewesen sei. Diesen Aussagen gegenüber stehen aber ein Dutzend Zeugen, die alle mehr oder minder zur Entlastung des Angeklagten beitragen. Man wird dabei aus seinen landläufigen Äußerungen erkennen, wenn man hört, daß die allermeisten Zeugen sich als „parteilos“ bezeichnen. Man hat immer geglaubt, daß in „Klein-Moskau“ kein Mensch sich dem unwillkürlichen Einfluß der alle in den Bann ziehenden Moskauer Glaubenslehre entziehen könne. Und jetzt muß man erfahren, daß es in Geesthacht mehr „Disfidenten“ als „Gläubige“ gibt. Alle haben beobachtet, daß Wehber Beginn der „Kalamitäten“ — wie ein Zeuge sich ausdrückt — leinwärts veranlaßt und um 9 Uhr — also 20 Minuten nach Beendigung der Schlächt — wieder im Hause war. Argendwo hat ihn dieser oder jener Zeuge gesehen, sei es auf dem Marktplatz oder dicht vor seinem Hause, aber im Kampfgewühl will ihn — außer den beiden Beamten — keiner gesehen haben. Beim Beginn der Schlächt war er noch im Lokal von Lühmann. „Einer rief „Sturmtrupp“ heraus!“, aber Wehber war es nicht, denn Wehber war schon verschwunden.“ Angesichts dieser entlastenden Zeugenaussagen glaubte der Angeklagte Wehber, daß die Beamten einen Meineid geleistet hätten. Dieser Vorwurf wird vom Vorsitzenden energig zurückgewiesen. Aber auch die Aussagen der Entlastungszeugen sind nicht alle klar. Einer der Zeugen, der bereits in früheren Vernehmungen zweimal behauptet hat, Wehber gesehen noch gesprochen zu haben, behauptete diesmal beides.

Ein vorzügliches Zeugnis über den Angeklagten gab der Gemeindevorsteher 3. im 1. von Dineburg. Er kennt den Angeklagten seit Jahren als einen zuverlässigen, ordentlichen Mann, der mit großer Verlässlichkeit seine Pflicht erfüllt. Sein einmütiges, anständiges Verhalten verleihe ihm selbst nicht im öffentlichen Auftreten, immer wisse er die Würde seines Amtes zu wahren. Daher traue er ihm auch keine politischen Anbondsungen zu. Für seine ehrenamtliche Stellung als stellvertretender Gemeindevorsteher habe er stets ein großes Interesse bewiesen.

Einem der Angeklagten war es nicht vergönnt, nach Schluß der Verhandlung die heimatischen Hügel von Geesthacht begrüßen zu können. Er hatte nach Vernehmung eines Nazis

Die Sozialpolitik, ein schwarzes Schaf im bürgerlichen Rundfunkprogramm

Wer heßt?

Seit den Anfängen des Rundfunks hat das Hamburger Echo durch kritische Mitarbeit die Interessen des Rundfunks zu fördern gesucht, hat sich um Aktivierung der Arbeiterhörsen bemüht, war immer bestrebt, den Kontakt zwischen Sender und Empfänger zu verbessern. Die Aufmerksamkeits des Hamburger Echo galt stets dem Gesamtprogramm des Sendeprogramms, stets wurde die soziologische Aufgabe toleriert, daß es auch bürgerliche Radiohörer, gibt. Demgegenüber steht auf Seiten der bürgerlichen Tageszeitungen ein glattes Minus an Rundfunkinteressen. Wenn aber die bürgerliche Presse einmal das Wort in Rundfunkangelegenheiten ergreift, so nur, um mit äußerster Unbilligkeit gegen Verfassungen für die Vertätigten vorzugehen. Eine absolute einseitige und wertlose Form der Rundfunkkritik, die ganz unüberholbar der Angst vor wirksamer sozialer Aufklärung der Bevölkerung entspringt.

Besonders typisch für diese Angst ist der Nachdruck eines Briefes an die Räte vom Arbeitgeberverband des Großhandels durch das Hamburger Fremdenblatt und den Hamburgischen Correspondenten. Der Brief richtet sich gegen ein Bild von Paul Breß: „Die Betriebsstilllegung vor dem Arbeitsgericht“. Das Betriebsstilllegung vor dem Arbeitsgericht, das innerhalb der Stunde der Vertätigten zur Sendung gelangte.

Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit und aller Empörung dagegen wenden, daß sich der Rundfunk durch Aufklärung solcher — ihrem Ruff, Vortrags- und Unterhaltungswert nach nur das Prädicat jämmerlich verdienen — Beispiele als Sprachrohr für die Verheugungsabsichten der Gewerkschaften hergibt, und wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln der Wiederholung derartiger Standalöser Vorkommnisse einen Riegel vorzuziehen suchen.

Wer so spricht — es ist der Arbeitgeberverband — der hat ganz einfach Angst. Das erhärtet besonders an dem Widerspruch, der durch die ganze Aufschrift geht: einmal sucht man den Wert und die Wirkung des Bildes mit wissentlichen Ausdrücken abzuwerten, zum anderen gibt man Wert und Wirkung des Bildes nur zu sehr zu, indem man mit einem ungeheuren Aufgebot von Drohungen auffährt.

Das Fremdenblatt wie der Correspondent tun ein übriges durch freundliche Kommentare zur Aufschrift des Arbeitgeberverbandes. Aus diesen Kommentaren wird die ganze Überfälligkeit ersichtlich, mit der die bürgerliche Presse Angelegenheiten des Rundfunks behandelt. Keiner der Kommentatoren kann nämlich das fragliche Bild

selbst gehört haben. Ohne Prüfung des Sachverhalts machen sich beide lediglich die Meinung der Aufschrift zu eigen. Eine bequeme Art des Kampfes! So sei denn hier erst einmal das Wichtigste nachgeholt, nämlich die Erläuterung der Sache selbst, um die es sich überhaupt dreht!

Eine Maschinenfabrik entläßt einen Teil ihrer Belegschaft mit der Begründung der Betriebsstilllegung aus Rücksicht auf den Aufträgen usw. Fünf von den Entlassenen verlagern die Firma, die den Betrieb mit den Belegschaften, einem Meister, drei Angestellten und einem Schwerbeschäftigten weiterführt und — nämlich drei Viertel der früheren Belegschaft wieder einstellt. Vor der Stilllegung hatten die Arbeiter im wesentlichen eine überhörsliche Entlohnung, die nach der Wiedereröffnung des Betriebes in Wegfall gerät. Ein durchsichtiger Wandel der Lohnbrüderung. Das Arbeitsgericht kommt zu einem Urteil gegen die Firma und stellt fest, daß das Arbeitsverhältnis zwischen den fünf Klägern und der Beklagten nicht als unterbrochen zu betrachten war und ist.

Dieser Feststellung von Breß liegt eine tatsächliche Verhandlung vor einem tatsächlichen Gericht zugrunde. Das Urteil, zu dem das Gericht gelangte, enthält nichts anderes als die Kauf des Reichsarbeitsgesetzes zur Betriebsstilllegung aus dem Betriebsratgeheiß. Sachlich und rechtlich sind also keinerlei Einwendungen gegen das Bild zu machen. Und wenn der Arbeitgeberverband das Bild ein „jämmerliches Nachwerk“ nennt, weil es keinen Rhythmus und „Unterhaltungswert“ habe, so handelt er wie ein Richter, der einen Fall mit einem gar nicht zur Sache gehörenden Paragraphen aburteilt. Einen künstlerischen Wert hat Breß nicht angekrebt; der Bildungs- und Orientierungswert war aber für den Arbeitnehmer um so größer, als Breß die lebendige Form der wirklichkeitstypischen Handlung wählte.

So war die Sache! Es ist leicht, den Lesern ein X für ein A zu machen, wenn man auf einen Gegenstand schimpft, ohne ihn näher zu begreifen. Man nennt das, gelinde gesagt, Verdummungspolitik. Da man sie sich der aufgeregten Arbeiterchaft gegenüber nicht mehr leisten kann, wendet man sie auf die Leser der bürgerlichen Blätter an. Den Wert des auf sachlichen Bildes von Breß abzuwerten heißt nichts anderes, als die Sozialpolitik und ihren Wert abzuwerten. Und dann führt man noch den Spieß um und redet in Bruchstücken von „Verfälschung der Klassenverhältnisse“ und „sozialpolitischer Verheugung“!

Es bleibe der Räte sowie den staatlichen Aufsichtsgremien des Rundfunks überlassen, zu entscheiden, auf welcher Seite mit mehr Recht von Verheugungsabsichten gesprochen werden kann. Eifibus.

Zeugen diesen mit „Schwindler“ bezeichnet. Dafür wurde er wegen Angehör vor Gericht mit einem Tag Haft belegt. Das Gericht verurteilte ihn dann auf Donnerstag morgen.

Die Bürgermeisterwahl in Geesthacht

Deftmann als SPD-Kandidat

In Geesthacht ist ein neuer Bürgermeister zu wählen. Es liegen dafür 107 Bewerbungen aus allen Teilen Deutschlands vor. Zu diesen 107 gehört auch das kommunistische Bürgerchaftsmittel Friedrich Deftmann, der noch kurz vor Zerschlagung befehlsgemäß seine Bewerbung einreichte. Zu den Bewerbern gehört nicht der stellvertretende Bürgermeister von Geesthacht, der Kommunist Kiehl. Die SPD ist offenbar von seiner Eignung selbst nicht überzeugt.

Die Vernehmung Deftmanns erfolgt nach dem der und ulfiken Prinzip der SPD, nach dem sie zwar nicht bereit ist, in Landesregierungen einzutreten, aber durchaus bereit ist, Magistratsämter zu übernehmen, da es sich hier nicht um gelegende Funktionen, sondern um die Ausführung von Anordnungen und Befehlen handelt. Dieses Prinzip wurde bekräftigt von der SPD, bei den Verhandlungen aufgestellt, die vor einigen Jahren zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten über die Senatsbildung stattfanden.

Ueber das wahrheitsgemäße Ergebnis der bevorstehenden Bürgermeisterwahl in Geesthacht läßt sich noch gar nichts sagen. Da weder Bürgerliche noch Kommunisten oder Sozialdemokraten allein eine Mehrheit haben, muß eine Verständigung gesucht werden.

Befreiung von der Auslandsparafgebuhr

Von der Ortsgruppe Hamburg des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ (Ansprich: Ernst Rurg, Hamburg 33, Sufurstraße 109, 3. Et.) wird uns geschrieben: Am 24. Juli wurde eine Notiz gebracht, die auf die Ausnahmen hinwies, die durch den Reichsminister der Finanzen angeordnet wurden. Es wurde in der Notiz ein Verein der Naturfreunde erwähnt. Gemeint ist natürlich der Touristenverein „Die Natur-

freunde“ e.V. Die Ortsgruppe Hamburg dieses Vereins hat ihre Geschäftsstelle im Jugendheim, Nagelsweg 73. Geschäftszeit täglich außer Sonntagen von 19 bis 21 Uhr. Der Jahresbeitrag beträgt 12 M. brutto, ab 1. August 6 M. brutto. Aufnahmen in den Verein können auch bei den Arbeitsgemeinschaften erfolgen, und zwar bei Freit. Im Ende, Hamburg 33, Dredakweg 15; Rudolf Strobel, Hamburg 36, Schürwald 8, 2. Et.; Rudi Kühn, Hamburg 31, Telemannstraße 45, bei Rod; Walter Solm, Hamburg 26, Wismarergarten 4; Otto Vetter, Hamburg 6, Turnerstraße 3, Hochpart. Jeder sozialistisch eingestellte Volksgenosse kann in den Touristenverein „Die Naturfreunde“ aufgenommen werden. Alle Gewerkschaftsangehörigen, Parteigenossen und Arbeiterportler, die ihren Urlaub im Ausland verbringen wollen, können die 100 M. Dagebühren sparen, wenn sie sich dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ anschließen. Der Verein hat in Deutschland, Österreich und in der Schweiz über 400 Ferienheime und Schutthütten. Also, wer wandern will, wandert mit den Genossen der internationalen Wandervereinigung des werktätigen Volkes, dem Touristenverein „Die Naturfreunde“.

Stenographie. Ein neuer Anfängerkursus in Reichsturschrift beginnt am Mittwoch, 5. August, 19 Uhr, in der Schule Jungstraße 35. Die Anmeldungen werden in der genannten Schule entgegengenommen.

Chaos oder Sanierung?

Ist das Thema der Versammlung aller SPD-Beamten- und Staatsangestellten am Montag, 3. August, 19.30 Uhr, bei Bünning, Beim Strohhause 61/63. Redner: Joh. Schult, Oberschulrat, M. d. B. Gäste willkommen! Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Im Westen nichts Neues

Die Aufführung des Tonfilms „Im Westen nichts Neues“ wird fortgesetzt für Mitglieder der bekannten Organisationen und deren Angehörige in folgenden Theatern:

Vom Freitag, 31. Juli, bis einschließlich Donnerstag, 6. August
Neues Reichs-Theater, Neuer Steinweg 70 | Theater am Nobistor | Ottensener Lichtspiele, Papenstraße | Die Aufführungen beginnen täglich 10 Uhr vormittags.
Capitol-Lichtspiele, Hoheluftchaussee | Welt-Lichtspiele, Wohldorfer Straße
Einheitspreis 1,30 RM. Für die Vorstellungen mit Spielbeginn 16.45 und 19 Uhr für arbeitslose Mitglieder Eintrittspreis 50 Pf. Vorverkauf der Eintrittskarten in den Theatern in der Zeit von 15 bis 21 Uhr. Mitgliedsausweis ist vorzulegen. 1255890

Copyright 1931 by Universitäts, Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft Berlin

Drei Tage Liebe

Roman von Joe Lederer

Erstes Kapitel

Franz geht über die Landstraße. Rechts und links sind Frühlingswiesen ausgebreitet mit nickenden, wogenden Gräsern, und die Luft schmeckt wie Wein. Am Horizont, ins unendliche Blau gestellt, ragt ein Kirchurm. Aber gerade, als Franz überlegen will, zu welcher Stadt dieser Turm gehören könnte, hält mitten auf der Wiese ein Auto. Eine junge Dame steigt aus, ihr feines, weißes Kleid weht im Wind, ihr helles Haar weht, sie geht mit geschlossenen Augen und lächelt.

„Allerschönsten guten Tag!“ grüßt Franz und legt seine Hand auf eine kleine Brust, das Kleid ist aus Seide, und drunter tickt das Herz der goldenen Dame. „Keine Angst!“ sagt Franz und kann nicht mehr atmen. „Vor mir müssen Sie keine Angst haben!“ Die Dame lehnt sich schweigend an ihn, ihr feines Kleid schlägt sich um seine Knie, weich und lau wie Wasser.

„Ich bin ganz verrückt nach dir!“ murmelt Franz und zieht das Fräulein näher, preßt sich an sie, nur keine Umstände machen, eine Frau ist wie die andere, und sie wird schon wissen, was jetzt los ist. Süßes Fräulein, allerhöchste Dame, und sie hat, weißgott, unter dem Kleid nichts an! Aber da beginnt die Dame plötzlich zu schreien, laut und scharf, mit einer Stimme wie aus Blech, und hört nicht auf zu schreien.

Der Wecker klickt unermüdlich.

Langsam öffnete Franz die Augen und stierte seinem Traum nach, den Frühlingswiesen und der kleinen Dame im

weißen Kleid. Der Wecker rasselte weiter, und endlich entschloß sich Franz, die Hand auszustrecken und die Glocke abzustellen.

„Gerade jetzt hast du läuten müssen?“ erkundigte er sich.

„Du Alas, gerade jetzt!“

Während er aufstand und halbnaakt durchs Zimmer tappte, um den Kaffeetopf aus dem Ofen zu holen, dachte er angestrengt über das Traumfräulein nach. Wie hatte sie eigentlich ausgesehen? Ihr Kleid war weiß gewesen und ihre Brust so klein wie eine Alpseilfene. Aber mehr konnte er sich nicht erinnern.

„Ich ging einst am Ufer der Moldau und fand ein schlafendes Mädchen im weißen Gewand . . .“

begann Franz zu singen. Gefühlvoll, mit bewegter Stimme. Wo waren die Streichhölzer, Himmelsglocke noch einmal. „Ein schlafendes Mädchen im weißen Gewand!“ Die Streichhölzer, die Streich . . . — na, da sind sie ja! Die Gasflamme zischte auf.

„Ich küßt sie, ich küßt sie am Wusen so sehr, — da hört ich das Rauschen der Moldau nicht mehr . . .“

Franz sang wie eine Orgel, das Zimmer dröhnte:

„Da hört ich das Rauschen der Mol—dau nicht mehr!“

Er drehte das Gas ab und goß mit einem Schwapp die braune Brühe in die Tasse. Der Kaffee war dünn und bitter. War das Traumfräulein nicht im Auto angekommen? überlegte Franz. Da stand doch plötzlich ein Auto und — — Schiel! Marzipanpuppe! Weißes Fräulein . . .

Sedenfalls ein feines Mädchen, stellte Franz fest und tunkte eine alte Semmel in die Sibirienlörche. Sedenfalls

gehnmal feiner als die Frau von Seydlitz, bei der er vor einem halben Jahr die Salongarnitur abliefern mußte.

„Lassen Sie den Möbelpacker eintreten!“ hatte Frau von Seydlitz zu dem Stubenmädchen gesagt, und da trat er also ein, den Lieferchein in der Hand, und die gnädige Frau lag auf der Chaiselongue. Frau von Seydlitz, Bavaria 3618, aber in der Blüte ihrer Jahre war sie nicht mehr gewesen.

Franz trank sich gedankenvoll die Brust und trank den letzten Schluck Kaffee. Das Leben war eine interessante Angelegenheit! Und an dem Tag, nachdem das mit Frau von Seydlitz gewesen war, kam Karla an. Karla, Karla, mit schwarzen Laugen, schiefgetretenen Stöckelschuhen, schönen, langen Beinen, — und es war auch sonst alles dagewesen.

Gähnend ging Franz zur Wasserleitung, drehte den Hahn auf. Eiskaltes Wasser über Schädel und Nacken. Franz duckte sich, daß das Wasser auch über Schultern und Rücken prasseln konnte, denn der Mensch muß sauber sein. Auf dem Fußboden wuchs eine nette Pflanze, aber Franz kümmerte sich nicht darum, er seifte sich den Hals ein und spülte die ganze Gesichtsidee wieder ab. Der Fußboden bekam von allem sein Teil: Seifenwasser, Wasser und Kalodent, die vollkommen, wissenschaftlich erprobte Zahnpasta nach der Originalvorschrift.

Erschrocken, jung und naht stand er da, dieser Franz Sawinsky, Möbelpacker, dreißig Jahre und sechs Monate alt. Schmalhäufig, mit großen, feuchtschimmernden Augen und mächtigen Schultern, unter denen locker die Muskeln spielten, sah er aus wie ein schönes, junges Tier. Gott hatte ihn sich zur Freude und wie für alle Ewigkeit geschaffen.

Prustend, das Haar noch feucht an den Schläfen klebend, zog er das Hemd über.

Ja, das Leben war eine interessante Angelegenheit, seine Einrichtung — Frau von Seydlitz, Karla, Karla, und vorher war auch so allerhand gewesen. Aber jetzt war man trotzdem allein, jetzt sah man da, ganz allein mit sich selber, und hatte rein gar nichts, nur ein Traumfräulein.

„Junge, Junge, du weißt dein Glück nicht zu schätzen!“ Na, sehr ehrlich klang das nicht. Lieberhaupt: so vorm Spiegel stehn und sich beim Frisieren selbst was Freundliches sagen — das Richtige ist das nicht. Wenn man wollte, könnte jetzt irgendein Mädchen dasfehn — aber man will einfach nicht, man ist der schöne Franz und will nicht. So, jetzt ist der Scheitel richtig. „Rausalle!“ hat die Mutter immer gesagt. Mutter, die war auch richtig gewesen. Aber die Mädchen von heutezutag — lauter Dackelhä! Das schnürt und miaut und rennt mit jedem. Guten Tag, Fräulein, Sie, ich bin schaf auf Sie, und nu' gehn wir ins Kino und denn oll reit, je! Bequem ist das schon, nur — ein Mann will doch auch ein bißchen Freundlichkeit und Ordnung haben! Aber das verstehen die nicht, und deshalb kann man sie nach acht Tagen nicht mehr sehen und muß sie rauschmeißen, die fischen Dutteln alle miteinander . . .

Sieben vorbei! Nie drehte sich der Uhrzeiger so rasch wie morgens, da hatte er es eilig wie ein Schnellläufer, aber tagsüber, im Möbelschuppen der Gebrüder Wendie oder auf dem Lastauto, troch er wie ein lahmer Karren Gaul.

Es war schon reichlich spät, aber Franz ließ sich Zeit. Pfeifend spazierte er zum Fenster, ließ den morichen Riegel zurück. Draußen hing dünnst der Novembernebel, und tief unten glänzte der feuchte Asphalt wie dunkles Öl. Die Straße war fast menschenleer, nur eine Straßenbahn zog quieschend dahin.

Die nachtsliche Nebelluft strömte in das kleine Zimmer, mischte sich mit dem abgestandenen Kaffeegeruch, Zigarettenqualm und dem lauen Dunst des Bettes.

Franz warf die Rissen auseinander. Ueber der wackligen Bettstelle hingen Photos von schönen Filmdamen und Preisbognen.

„Na, Mäde, guten Tag! Wie geht's, Marlenchen, Kleener Engel?“

(Fortsetzung folgt.)

